Nachdenken in München

Blog des NachDenkSeiten-Gesprächskreises München

30-Stunden-Woche fordern und umsetzen – sofort!

Andreas Schlutter · Sonntag den 19. Juni 2016

Anlässlich der Diskussionsveranstaltung 30-Stunden-Woche – Ein Einstieg in ein fortschrittliches Projekt in Europa? am 22.06.2016 veröffentlichen wir hier einige interessante Beiträge zum Thema Arbeitszeit bzw. Verkürzung der Vollarbeitszeit. Der nachfolgende Beitrag ist im September 2014 erschienen in Lunapark21 – Heft 27.

von Heinz-J. Bontrup

Es ist doch ganz einfach. Wenn in einer Volkswirtschaft die Produktivität um 2 Prozent zulegt, dann kann der Lohn um diese 2 Prozent steigen und gleichzeitig die Arbeitszeit um 2 Prozent gesenkt werden. Um somit Arbeitslose und Unterbeschäftigte in Arbeit zu bringen, und zwar zu gleichen Bedingungen wie die bereits Beschäftigten. Das heißt, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dies ist im Ergebnis lohnstückkosten- und verteilungsneutral. Auch die Gewinne der Unternehmer steigen automatisch um 2 Prozent in Höhe der Produktivitätsrate. An der Lohn- und Gewinnquote in der Gesamtwirtschaft ändert sich nichts. Die Preise bleiben ebenfalls konstant. Es gibt also keine inflatorischen Effekte durch Arbeitszeitverkürzungen.

Alle gewinnen demnach und trotzdem hagelte es Anfang 2013 nach der Veröffentlichung des „Offenen Briefes zur 30-Stunden-Woche“[*] in der Tageszeitung (TAZ) heftige Polemik, wie u.a. „Mottenkiste“ (Arbeitgeberverbände) oder „die Gruft der 1970er-Jahre öffnet sich“ (Prof. Michael Hüther). Auch wurden viele Phrasen gedroschen, wie, „das wäre das Todesurteil für die deutsche Industrie“ (Unionsfraktionsvize im Bundestag Michael Fuchs). Nicht zu erwarten war dagegen die anfängliche Zurückhaltung der Gewerkschaftsvorstände – und dann gar deren schroffe Ablehnung. Die Beschäftigten würden keine Arbeitszeitverkürzung wollen, sondern mehr Lohn. Obwohl diese Behauptung durch keine wissenschaftlich fundierte Untersuchung verifiziert wird, mag das sogar richtig sein. Denn die Beschäftigten haben auf Grund der neoliberal intendierten Umverteilung seit Jahren reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Dann zählt die Kaufkraft bei den Beschäftigten natürlich überproportional.

Nur was machen wir mit den Millionen Arbeitslosen? Und warum steigt der Lohn nicht mit der Inflations- und Produktivitätsrate? Weil die Ware Arbeitskraft nicht knapp ist bzw.

Massenarbeitslosigkeit vorliegt. Weil in Folge in den Betrieben die Angst umgeht, mit der die Unternehmer die Beschäftigten klein halten und disziplinieren (was mittlerweile bis zu devoten Verhaltensweisen der Abhängigen führt) ist der Lohn in Deutschland niedrig, sind prekäre Arbeitsmärkte entstanden und die Arbeitslosigkeit dennoch nicht beseitigt.

Verzichten die Beschäftigten auf Arbeitszeitverkürzungen, so kommt es letztlich sogar zu anormalen Angebotsreaktionen. Statt weniger, was eine ökonomisch rationale (normale) Reaktion wäre, bieten sie, um ihr individuelles Einkommen zu halten, immer mehr Arbeitskraft an, so dass am Ende auf Grund der individuellen Rationalitätsfalle womöglich alle Beschäftigten im Niedriglohnsektor landen. Übrigens sind da die Unternehmer anders unterwegs. Verfallen die Preise für ihre Waren an den Gütermärkten, dann gehen sie sofort dazu über und verknappen ihr Angebot oder sie bilden ein widerrechtliches Preiskartell. Das legale und notwendige „Kartell" der abhängig Beschäftigten, die Gewerkschaften, schaffen es aber offensichtlich nicht, den notwendigen Verknappungsprozess durch adäquate Arbeitszeitverkürzungen auf den Weg zu bringen. Reine Lohnrunden sind hier nicht zielführend.

Dabei verbessert eine 30-Stunden-Woche erstens nicht nur die Arbeitsbedingungen ohne Burnouts und ohne Erkrankungen der Beschäftigten, sondern beendet zweitens bei den Arbeitslosen ihren Ausschluss aus der Gesellschaft, ihr Minderwertigkeitsgefühl, ihre Scham, und bringt sie wieder in Arbeit und Brot. Drittens wird die Gesellschaft als Ganzes von jährlich 50 bis 70 Milliarden Euro fiskalische Kosten für Massenarbeitslosigkeit befreit. Hieran müsste insbesondere die Politik ein Interesse haben. Wäre die Wirtschaft, nur gerechnet für die Jahre von 2001 bis 2011, vollbeschäftigt gewesen, dann hätte der Staat im selben Zeitraum nicht zusätzlich 623,3 Milliarden Euro neue Schulden machen müssen. Vielmehr hätten die öffentlichen Haushalte einen Überschuss in Höhe von 17,3 Milliarden Euro verbuchen können. Die größte Ursache für Staatsverschuldung in Deutschland ist die seit fast vierzig Jahren bestehende Massenarbeitslosigkeit. Dies scheint nicht einmal ansatzweise im Bewusstsein zu sein. Die herrschende Politik, aber offensichtlich auch die Gewerkschaften, haben sich mit Arbeitslosigkeit abgefunden. Die Unternehmer können bestens damit leben.

Es gab aber auch ernstzunehmende Kritik gegen eine 30-Stunden-Woche. Natürlich ist es ein Problem, das durch Arbeitszeitverkürzung freigesetzte Arbeitsvolumen hinsichtlich beruflichen Qualifikationen und den Wohnorten eins zu eins zu kompensieren. Dies wird friktionelle Anpassungsprozesse implizieren, die jedoch über Qualifizierungsmaßnahmen mit staatlicher Unterstützung bewältigbar sind. Dagegen ist es eine Beleidigung der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, sie seien unisono nicht hinreichend ausgebildet. Die große Masse ist es. Und außerdem haben realiter die meisten Arbeitsprozesse in einer hocharbeitsteiligen Wirtschaft allenfalls einen repetitiven Charakter. Nicht alle müssen bzw. können in einer Gesellschaft Ingenieure, Rechtsanwälte, Ärzte, Lehrer oder Professoren sein oder werden. Das räumliche Argument der Arbeitszeitadaption wiegt da schwerer. Die Arbeitslosenquoten sind in Deutschland nicht gleichmäßig verteilt. Hier wird man monetäre staatliche Motivationsanreize zur Mobilität setzen und auch kleinen Betrieben bei der Anpassung helfen müssen.

Trotz alledem: Das Wichtigste Argument für eine Arbeitszeitverkürzung, dies sei allen Kritikern noch einmal gesagt, ist und bleibt der seit langem in Deutschland vorliegende empirische Tatbestand, dass das reale Wirtschaftswachstum mit seinen im übrigen rückläufigen Wachstumsraten nicht ausreicht, um die stetig, wenn auch ebenfalls nachlassenden Produktivitätsraten zum Ausgleich zu bringen. Daran wird sich auch in Zukunft trotz demographischer Veränderungen nichts ändern. Wir stehen im industriellen Produktionsprozess

vor der Einführung der Fabrik 4.0, der selbstlernenden Fabrik, und vor dem heute dominanten Dienstleistungssektor wird der Robotereinsatz keinen Halt machen. Der Befund ist klar: Das Arbeitsvolumen (Beschäftigte multipliziert mit der Arbeitszeit je Beschäftigten) geht weiter zurück. Womöglich dramatisch.

Natürlich kann man jetzt versuchen, wie dies reine Wachstumsfetischisten machen, über steigende Löhne eine entsprechende Nachfrage an den Gütermärkten zu entfalten. Auch die Unterzeichner des „Offenen Briefes“ sind ganz dezidiert für eine Umverteilung zu den Arbeitseinkommen, um die Kaufkraft zu erhöhen. Dies wird, wie oben ausgeführt, aber nur gelingen, wenn die Arbeitsmärkte einigermaßen im Gleichgewicht sind und durch Arbeitszeitverkürzungen keine Massenarbeitslosigkeit mehr besteht. Und wir sind auch der Meinung, obwohl uns einige Kritiker das Gegenteil unterstellen, dass in Deutschland nicht die Arbeit ausgeht. Sicher gibt es im öffentlichen Sektor, was die Infrastruktur, den Bildungsbereich oder auch fehlende öffentliche Dienstleistungen anbelangt, noch viel zu tun. Dafür wird aber in der privaten Wirtschaft viel überflüssiger Schrott produziert, den im Grunde keiner benötigt. Wir wollen nicht nur einfach expandieren, sondern ohne weitere riesige Umweltprobleme zu schaffen ein sozial-ökologisch ausgerichtetes Wachstum auf den Weg bringen. Und dies mit einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung verknüpfen, die Wohlfahrtsgewinne für Alle bringen.

Eines gelingt bei der Arbeitszeitverkürzung auf Grund der Versäumnisse in der Vergangenheit aber nicht mehr. Die 30-Stunden-Woche lässt sich nicht innerhalb eines Jahres umsetzen. Es sind mindestens fünf Jahre mit einer Verkürzung der Arbeitszeit um fünf Prozent pro Jahr notwendig. Dies würde aber zur Finanzierung eine Produktivitätsrate von ebenfalls fünf Prozent p.a. bedeuten, die aber nicht realistisch ist. Von 2000 bis 2013 lag die Produktivitätsrate jahresdurchschnittlich nur bei gut einem Prozent. Das heißt, etwa vier Prozentpunkte müssen durch eine Umverteilung aus den Besitzeinkommen (Gewinnen, Zinsen sowie Mieten und Pachten) zur Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung aufgebracht werden. Vor dem Hintergrund der gigantischen Umverteilung seit dem Jahr 2000 in Höhe von gut einer Billion Euro zu den Besitzeinkommen ist dies jedoch gesellschaftlich kein Problem – wären da nicht die Kapitalisten und die ihnen nahestehenden Parteien, die etwas dagegen haben, von ihrem Reichtum etwas abzugeben.

Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup, Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

[*] Bontrup, H.-J., Massarrat, M., Offener Brief an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände und Kirchenleitungen in Deutschland vom 11. Februar 2013, abgedruckt in: Bontrup, H.-J., Massarrat, M., Arbeitszeitverkürzung jetzt! 30-Stunden-Woche fordern!, pad-verlag, Bergkamen 2013

Der Beitrag unterliegt dem Copyleft der Zeitschrift LunaPark21 zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie.
Foto: Sir James (Wikipedia) / CC BY-SA 3.0

Beitrag versenden

Dieser Beitrag wurde publiziert am Sonntag den 19. Juni 2016 um 23:51
in der Kategorie: Demokratie, Gesellschaft, Gewerkschaften, Volkswirtschaft.
Kommentare können über den Kommentar (RSS) Feed verfolgt werden.

Du kannst ein Kommentar abgeben oder erstelle einen Trackback dieses Beitrages auf deine Webseite.

Copyright © 2022 Nachdenken in München